

HIRSLANDEN
KLINIK AARAU

NOTFALL

WIR SIND IMMER FÜR SIE DA
Für die Erstversorgung von Erwachsenen stehen wir rund um die Uhr zur Verfügung.

24-H-NOTFALLSTATION T 062 836 76 76
WWW.HIRSLANDEN.CH

PERSÖNLICH. UMFASSEND. FLEXIBEL.

Regierungsräte sollen Sessel räumen

Postulat FDP-Fraktion will Regierungsvertreter aus Führungsgremien von Unternehmen entfernen

VON FABIAN HÄGLER

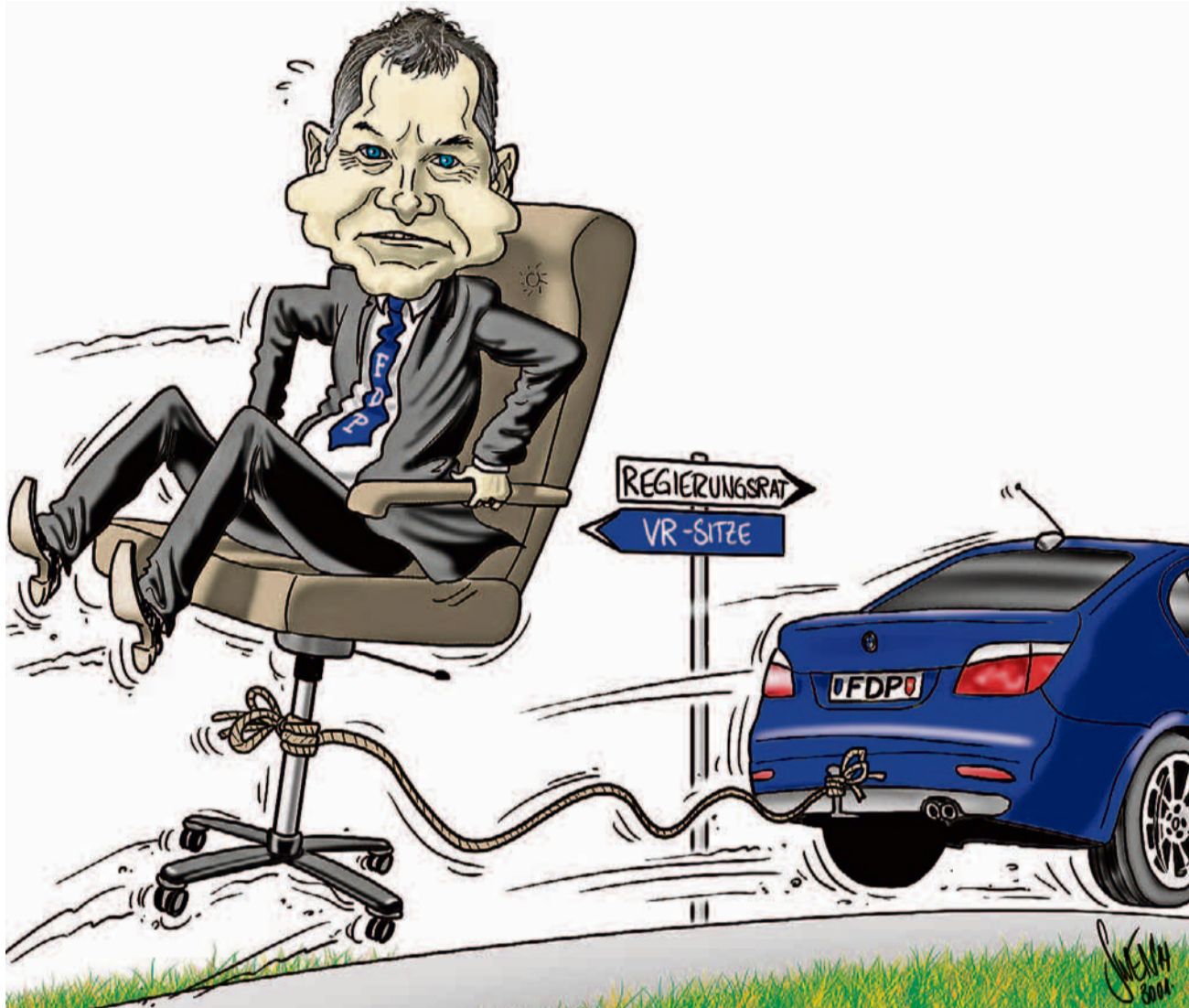
Heute sitzen drei Aargauer Regierungsräte von Amtes wegen in externen Führungsgremien: Stephan Attiger (FDP) im Verwaltungsrat der Axpo Holding, Roland Brogli (CVP) im Bankrat der AKB und im Verwaltungsrat der Schweizerischen Rheinsalinen, Alex Hürzeler (SVP) im Verwaltungsrat des Zürcher Opernhauses. Geht es nach der FDP-Fraktion im Grossen Rat, soll sich dies ändern. Sie möchte die Regierungsräte aus den Führungsgremien von «staatseigenen oder staatsnahen Betrieben» entfernen. Dies verlangt ein Postulat, das am 4. März eingereicht wird und der Aargauer Zeitung exklusiv vorliegt.

Laut der FDP lassen sich Interessenkonflikte kaum vermeiden, wenn Regierungsvertreter in Führungsorganen sitzen. «Als Bankrat müsste der Regierungsrat an mehr Reserven und Eigenkapital der Kantonalbank interessiert sein, als Finanzdirektor an einer möglichst grossen Gewinnausschüttung», führt Fraktionschef Daniel Heller an. Deshalb soll der Regierungsrat nun «Massnahmen zu einer künftigen Vermeidung dieser Interessenkonflikte und zur Optimierung der staatlichen Einflussnahme ohne direkte Einsitznahme in die Führungsorgane» aufzeigen.

Einflussmöglichkeiten beschränkt

Das Argument, die Politiker könnten direkt Einfluss auf die Führung der Betriebe nehmen, lässt Heller nicht gelten. «Das ist oft eine Illusion, da die Regierungsvertreter in den Verwaltungsräten in der Minderheit sind.» Auch ein besserer Informationsfluss sei nicht automatisch gegeben. Gerade im Aargau habe es Fälle gegeben, wo dies nicht funktioniert habe – obwohl Regierungsräte in der Unternehmensführung sass. «Das war zum Beispiel der Fall beim Kauf der AKB-Privatbank in Zürich im Jahr 2001», hält Heller fest.

Der FDP-Fraktionschef räumt ein, es gebe Gründe, Regierungsräte in die Führung von Staatsbetrieben einzubinden. «Die Wege sind kurz und direkt, das politische Sensorium ist gewährleistet, und wenn etwas schief läuft, sind die politischen Verantwortlichkeiten klar.» Unter dem Strich überwiegen für die Freisinnigen aber «die Vorteile einer klaren Trennung der Verantwortung als Ei-



gentümer und Auftraggeber auf der einen und als Unternehmensführung auf der anderen Seite». Heller fragt sich grundsätzlich, ob der Kanton überhaupt Firmen besitzen muss.

Professoren sind sich nicht einig

Kuno Schedler, Professor an der Universität St. Gallen, ist gleicher Meinung wie Heller. In einem Interview mit der «NZZ» sagte Schedler, der Kanton müsse im Rahmen einer Eignerstrategie die Ziele für den Verwaltungsrat definieren «Die Regierung soll in diesem Gremium aber selber nicht mehr vertreten sein.»

«Wenn sie alle Regierungsräte aus Führungsgremien entfernen möchte, schießt die FDP möglicherweise über das Ziel hinaus», sagt Daniel Kübler, Professor am Zentrum für Demokratie in Aarau (ZDA). Kübler betont: «Ich finde es gut, dass die Vertretung

von Regierungsräten in der Führung staatsnaher Betriebe grundsätzlich diskutiert wird.» In diesem Bereich gebe es ein weit verzweigtes Geflecht von Beziehungen und Abhängigkeiten. Grundsätzlich ist Kübler der Meinung, «dass Regierungsräte in der Führung jener Firmen vertreten sein sollten, bei denen der Kanton Eigentümer ist oder Anteile besitzt». Für den ZDA-Professor ist nicht einzusehen, warum der Finanzdirektor nicht im Verwaltungsrat der AKB sitzen sollte, wenn die Bank im Kantonsbesitz ist. «Gerade ein Regierungsrat hat das notwendige politische Gespür für ein solches Amt», sagt er.

Professor Reto Steiner von der Universität Bern plädiert derweil für einen Mittelweg. «Grundsätzlich hat der Kanton als Eigentümer das Recht, selber zu entscheiden, ob Regierungsmitglieder in die Führungsgremien

delegiert werden.» Aus seiner Sicht sollte dies aber die Ausnahme sein, damit die Betriebe ihre unternehmerische Freiheit im Rahmen der Eignerstrategie des Kantons ausüben können. «In politisch sensiblen Bereichen, zum Beispiel bei Energieunternehmen, die mit der anstehenden Energiewende sehr stark im Fokus der Politik stehen, kann ein Regierungsvertreter im Verwaltungsrat jedoch sinnvoll sein», gibt Reto Steiner zu bedenken. Damit könne der Dialog zwischen den Unternehmen und der Politik verbessert und vereinfacht werden.

Kommentar rechts

@ ausserdem zum Thema

Die FDP will keine Regierungsräte mehr in Verwaltungsräten – diskutieren Sie mit auf www.aargauerzeitung.ch

Kommentar

von Christian Dorer



Der Eigentümer soll mitreden

■ Vor wenigen Wochen ist landesweit eine Diskussion entbrannt: Warum eigentlich kassieren Regierungsräte zusätzlich Geld, wenn sie von Amtes wegen in einem Verwaltungsrat sitzen? In manchen Kantonen betrogen diese Nebeneinkünfte mehr als 50 000 Franken pro Jahr. Solche Exzesse wurden jetzt richtigerweise gestoppt.

Der Aargau war nicht betroffen. Hier betragen die höchsten Nebeneinkünfte 14 000 Franken (Roland Brogli) und 8000 Franken (Stephan Attiger). Der Regierungsrat hat nun prophylaktisch eine Obergrenze von 15 000 Franken beschlossen.

Problem gelöst, könnte man meinen. Jetzt aber will die FDP die Gunst der Stunde nutzen und Nebenmandate komplett verbieten. Immerhin macht die Partei ihr Motiv transparent: Sie findet, der Staat solle überhaupt keine Betriebe besitzen – keine Bank, keine Rheinsalinen, keinen Stromkonzern etc.

Dafür darf man natürlich kämpfen. Aber dann soll die FDP bitteschön die Verkäufe der Staatsbetriebe direkt anstreben und entsprechende Vorstösse und Initiativen lancieren. Und nicht durch die Hintertüre versuchen, die Betriebe zu schwächen.

Denn solange der Kanton Betriebe besitzt, so lange soll er in den obersten Gremien mitentscheiden – so, wie das auch ein privater Grossaktionär tut. Das macht erstens Sinn aus Sicht des Eigentümers, also des Kantons. Und es ist zweitens Ausdruck des ausgeprägten Schweizer Milizsystems, wonach sich Entscheidungsträger breit engagieren und breit Verantwortung übernehmen. Ein Wert, den sonst auch die FDP gerne hochhält.

christian.dorer@azmedien.ch
www.twitter.com/ChristianDorer

Der Gemeinderat gibt beim Steuerfuss um 2 Prozent nach

Unterentfelden Eine Steuerfusserhöhung um 7 Prozent wollten die Stimmbürger nicht akzeptieren. Jetzt versucht es der Gemeinderat mit einer Erhöhung um 5 auf 108 Prozent.

VON HUBERT KELLER

Kurt Häfliger ist als Vizeammann für die Finanzen der Gemeinde Unterentfelden zuständig. Er hat die undankbare Aufgabe, der ausserordentlichen Gemeindeversammlung am 17. Februar zu erklären, warum eine Steuerfusserhöhung um wenigstens 5 Prozent absolut notwendig ist. Das Budget mit einem Steuerfuss von 110 Prozent war am 2. Dezember abgelehnt worden. Ob 108 oder 110 Pro-

zent, die Zahlen bleiben tiefrot. Ein Steuerfuss von 114 Prozent wäre angezeigt.

Man sei sich bewusst, dass auch auf der Ausgabe Seite etwas geschehen müsse, sagt Häfliger. Der Gemeinderat macht mit dem überarbeiteten Budget denn auch Sparvorschläge im Umfang von rund 147 000 Franken.

Bürger wird Einsparungen spüren

Es sind mehrheitlich kleine Beträge, welche die Einwohner aber spüren werden: Der Waldumgang wird gestrichen, damit werden 2000 Franken gespart; die Bibliotheken müssen 6600 Franken ans Bein streichen; der Unterhalt des Fussballplatzes wird auf das Nötigste beschränkt, das macht 6000 Franken; bei einem Fussweg werden 26 500 Franken weniger

ausgegeben, indem man sich zum Teil mit Mergelbelag begnügt und auf den Randabschluss verzichtet. Die Sparvorschläge umfassen knapp 20 Positionen.

«147 000 Franken, das sind nicht mal zwei Steuerprozente», rechnet Häfliger vor und verweist auf das Konto Pflegekosten, die statt mit 560 000 neu mit 700 000 Franken budgetiert werden. Seit 2011 werden die Restkosten der öffentlichen Hand an die Pflegekosten den Gemeinden verrechnet. Diese Kosten drücken Unterentfelden schwer.

Der Kanton ging 2011 von einem Durchschnittsbetrag von 75 bis 80 Franken pro Einwohner aus. 2011 machte das für Unterentfelden 347 000 Franken. Doch ein Jahr später waren es bereits 501 000 und im vergangenen Jahr 720 000 Franken.

Mit einer Steuerfusserhöhung um 5 statt 7 Prozent kommt der Gemeinderat dem Steuerzahler zwar entgegen, löst aber das Problem nicht. «Auch ein Steuerfuss von 110 Prozent würde nicht ausreichen», sagt Vizeammann Häfliger. «Für ein ausgeglichenes Budget wären 114 Prozent nötig.» Die Rechnung ist schnell gemacht: Ein Steuerprozent ergibt 80 000 Franken. Das aktuelle Budget 2014 weist einen Aufwandüberschuss von 447 000 Franken aus.

Steuerkraft ist gesunken

Die Steuerkraft ist in Unterentfelden von 2750 Franken pro Einwohner im Jahr 2008 auf 2420 Franken im Jahr 2012 gesunken. Das ergibt bei 4000 Einwohnern Mindereinnahmen von gut 1,3 Millionen Franken. Der Gemeinderat legt dem Stimm-

bürger Vergleichszahlen vor: Der Durchschnitt im Aargau liegt bei 2617 und im Bezirk Aarau sogar bei 2816 Franken. Eine Arbeitsgruppe muss nun Wege und Massnahmen aufzeigen, wie die strukturellen Probleme mittel- und langfristig überwunden werden können.

«Wir wissen nicht erst seit gestern, dass es eng wird, und haben immer wieder auf das Problem aufmerksam gemacht», sagt Kurt Häfliger. Im Jahr 2012 wurde ein Defizit von 525 000 Franken eingefahren. Auch für das Jahr 2013, das noch nicht definitiv abgerechnet ist, zeichnet sich ein beträchtliches Minus ab. Vor zwei Jahren hatte die Gemeinde noch ein Polster von 1,8 Millionen Franken. Kurt Häfliger: «Spätestens Ende 2014 wird das Eigenkapital aufgebraucht sein.»